

---

# Berichte von Parteitag\* ---

## Der Parteitag der CDU

Nach langen, gründlichen Vorbereitungen innerhalb der Partei und nach mancherlei kontroversen Auseinandersetzungen über den Programmentwurf sollte der 26. Bundes-Parteitag der CDU, der vom 23. bis 25. Oktober 1978 in der Friedrich-Ebert-Halle in Ludwigshafen stattfand, ein Grundsatzprogramm der CDU verabschieden - das erste übrigens nach 1945, sieht man von jenem „Ahlemer Programm“ ab, in dem die CDU der Britischen Zone 1947 anti-kapitalistische Positionen bezog. Dreißig Jahre später wurde „Ahlen“, das damals durchaus einem Grundkonsens, auch über die CDU hinaus, entsprach, in Ludwigshafen offiziell beerdigt. Mit der Überhöhung der „Marktwirtschaft“ zum Grundwert und zum Zauberwort mit unumschränkter Problemlösungskraft und der Betonung ihrer „christlichen Grundlagen“ knüpft die CDU eher an jenem Gesellschaftsbild an, daß das Grundsatzprogramm der CSU vom Dezember 1946 bestimmte.

Die CDU hat nunmehr programmatisch festgehalten, daß sie für die „Soziale Marktwirtschaft“ auch dann einträte, „wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme“. Arbeitslosigkeit führt die CDU ebenso wie Inflation und Stagnation auf politische Fehlentscheidungen zurück: „Auf jeden Schritt weg vom Weg der sozialen Marktwirtschaft folgt die gesamtwirtschaftliche Quittung. Denn nicht unsere Wirtschafts- und Sozialordnung versagt, sondern die Politik, wenn sie die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zu überspielen versucht.“ Mängel und Grenzen der Marktwirtschaft (Aushöhlung des Wettbewerbs, Konzentration von Einkommen und Vermögen, Belastung der Umwelt, Strukturwandel, Beschäftigungsrisiken) werden zwar in einer - von der Jungen Union vorgeschlagenen und vom Parteitag nach langer Diskussion angenommenen - neuen Ziffer (70) genannt, an anderer Stelle dann aber wieder herabgemildert zu Bereichen, „in denen die Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft besonders herausgefordert ist“ (Ziffer 86).

Besonders bei einem so konkreten Problem wie der Arbeitslosigkeit zeigten sich die starken Tendenzen in der Partei, den programmatischen ordnungspolitischen Rahmen eng zu halten und etwa Arbeitslosigkeit keinesfalls als Defizit der Marktwirtschaft zu kennzeichnen, zu dessen Beseitigung auch staatliche Eingriffe notwendig seien. So wurde um die Aufnahme der Arbeitszeitverkürzung hart diskutiert, wobei als Wortführer der unterschiedlichen „Lager“ Prof. Kurt Biedenkopf für den Wirtschaftsflügel und Norbert Blüm für die Sozialausschüsse fochten. Im Programmentwurf war von Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Erreichung der Vollbeschäftigung nicht die Rede, die wesentliche Verantwortung für die Vollbeschäftigung wurde den Tarifparteien zugeschrieben, während der Staat „zuverlässige Rahmenbedingungen“ schaffen sollte. Die Sozialausschüsse hatten dazu u. a. folgende Formulierung beantragt: „Zur Erreichung der Vollbeschäftigung müssen alle geeigneten Mittel ausgeschöpft werden.“

---

\* Die Gewerkschaftlichen Monatshefte veröffentlichen gewöhnlich keine Berichte über Parteitage. Da sich aber beide Parteien mit programmatischen Fragen und damit auch dem Verhältnis zu den Gewerkschaften befaßten, sind wir von diesem Grundsatz einmal abgewichen.

Soweit dieses Ziel durch eine Förderung des wirtschaftlichen Wachstums nicht erreicht werden kann, bedarf es arbeitszeitverkürzender Maßnahmen in vielfältiger Form" (Antrag Nr. E 512). Hierüber entbrannte ein langwieriger Grundsatzstreit, die markanteste Auseinandersetzung während des Parteitages. Blüm hielt - neben wirtschaftlichem Wachstum und technischem Fortschritt — Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Varianten (vor allem: Verkürzung der Lebensarbeitszeit) zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit für notwendig. Biedenkopf erklärte alle vom Staat verordneten Arbeitszeitverkürzungen als „lebensgefährlich“ für das System der sozialen Sicherung. Staatliche Arbeitszeitmaßnahmen aus (wie er meinte) konjunkturellen Gründen schafften ein „falsches Junktim“. Arbeitszeitverkürzungen könnten bestenfalls und ausschließlich von den Tarifparteien vereinbart werden.

Der Kompromiß ließ lange auf sich warten und wurde — auch in einer von Generalsekretär Heiner Geißler weiter abgeschwächten Version — von Biedenkopf und seinen Mitstreitern brüsk zurückgewiesen mit der Begründung, daß der Ansatz ordnungspolitisch falsch sei und außerdem bereits genug Kompromisse eingegangen worden seien. Daraufhin wandte sich Mathias Wissmann (Junge Union) gegen eine „Wischi-Waschi-Politik“, verlangte eine saubere Entscheidung und alternative Abstimmung über den vom Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung, Prof. Gerhard Zeitel, vorgeschlagenen Kompromiß. 290 Delegierte stimmten schließlich für, 218 gegen diesen Kompromiß (6 Enthaltungen, 23 ungültige Stimmen), so daß die entsprechende Ziffer (82) im Grundsatzprogramm nunmehr lautet:

„Die Schäden der Arbeitslosigkeit gehen weit über den Produktionsausfall hinaus, die menschlichen sind noch größer als die materiellen. Aber die Arbeitslosigkeit ist kein unabänderliches Schicksal. Vollbeschäftigung ist ein wichtiges wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel für das der Staat mit zuverlässigen Rahmenbedingungen und seinen konjunktur-, Wachstums- und strukturpolitischen Instrumenten und die Tarifpartner wesentliche Verantwortung tragen.

Zur Erreichung der Vollbeschäftigung müssen alle geeigneten Mittel ausgeschöpft werden. Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen in Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung. Unverzichtbare Voraussetzungen einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik sind eine bedarfsgerechte Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und eine solidarische Lohnpolitik unter Einschluß der Vermögensbildung.“

Daß es diesem von den Sozialausschüssen als Sieg betrachteten Kompromiß offenbar an verbindlicher Kraft fehlt, beweist seine nachträgliche Interpretation, etwa durch Prof. Zeitel selbst, nach der Arbeitszeitverkürzungen praktisch ausgeschlossen werden. Biedenkopf hat den Beschluß nach dem Parteitag bereits als falsch bezeichnet.

Eine längere Debatte gab es auch um den Begriff „Recht auf Arbeit“, zu dem der Programmtext die Formulierung vorsah: „Das Recht auf Arbeit verpflichtet die Verantwortlichen in Wirtschaft und Staat, alle Möglichkeiten der sozialen Marktwirtschaft zur Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung zu nutzen.“ Helmut Kohl wandte sich — trotz der Erklärung des Sprechers der Antragskommission, daß es sich natürlich nicht um ein einklagbares Recht handele - entschieden gegen den Begriff „Recht auf Arbeit“, weil sich die CDU im europäischen Rahmen bereits auf ein „Freiheitsrecht auf Arbeit“ festgelegt habe. Er empfahl - besonders im Hinblick auf die Arbeitnehmerwähler der CDU - die Aufnahme eben dieser Formulierung auch in das CDU-Programm. Während der Vorsitzende des Wirtschaftsrats e. V., Philipp von Bismarck, auch diesen Begriff ablehnte, stimmte Blüm zu. Die angenommene Ziffer 50 lautet:

„Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung und kann durch keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung aufgewogen werden. Deshalb er-

fordern Gerechtigkeit und Humanität im Arbeitsleben Vollbeschäftigung. Das Freiheitsrecht auf Arbeit verpflichtet die Verantwortlichen, Tarifpartner und Staat, alle Möglichkeiten der sozialen Marktwirtschaft zur Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung zu nutzen. Arbeit ist zugleich eine solidarische Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft."

Beachtliche Meinungsverschiedenheiten zeigten sich bei der Funktionsbestimmung der Gewerkschaften:

Im überarbeiteten Programmentwurf hieß es zu den Gewerkschaften u. a.: „Wir sind für freie Gewerkschaften und freie unternehmerische Tätigkeit." Dazu ergab sich folgende Diskussion: Die Delegierte Hürland stellte einen Monopolanspruch der DGB-Gewerkschaften fest, der den Betriebsfrieden störe. Ein solcher Monopolanspruch könne nicht zur Demokratie beitragen. Notwendig seien unabhängige Gewerkschaften, in denen das Wirken politischer Richtungen möglich sei. Deshalb sei im CDU-Programm ausdrücklich Gewerkschaftspluralismus zu fordern (im Antrag E 476/Recklinghausen hieß es sogar: „Wir sind für freie konkurrierende Gewerkschaften . . ."). Für diese Ausführungen erhielt die Delegierte starken Beifall. Ihre Forderung wurde unterstützt durch den Delegierten Volmer, der sich als Vorsitzender des „Christlichen Gewerkschaftsbundes" vorstellte und die Programmformulierung „freie, pluralistische Gewerkschaften" vorschlug.

Die Delegierten Pieroth und Schapfel widersprachen, wobei Pieroth die Partei davor warnte, die Organisationsform der Arbeitnehmervereinigungen bestimmen zu wollen. Man wolle ja ebensowenig den Arbeitgeberorganisationen derartige Vorschriften machen. Er wies außerdem auf die sozialen Erfolge der Einheitsgewerkschaften nach 1945 hin. Schapfel zeigte sich erfreut über die Klimaverbesserung zwischen CDU und DGB, an der Helmut Kohl großen Anteil habe.

Kohl griff an diesem — wie er sagte — „für die Partei kritischen Punkt" in die Debatte ein. Die CDU sei immer für freie Gewerkschaften eingetreten — wobei er den Plural noch einmal besonders betonte. Plural sei in allen Bereichen der Gesellschaft notwendig, und es gebe auch bereits einen gewerkschaftlichen Pluralismus, wobei die CDU nicht immer alle Richtungen ausreichend berücksichtigt habe. Die Arbeitnehmer entschieden selbst über die Stärke der Gewerkschaften, das solle auch so bleiben. Für den Fall eines CDU-Wahlsiegs sei allerdings ernsthaft zu überlegen, wie man bei Betriebsratswahlen den Minderheitenschutz sichern könne. Hier spielte Kohl wohl auf eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes an, bei der sich die CDU mit ähnlichen Bestrebungen innerhalb der FDP durchaus trifft.

Da der Antrag auf „Gewerkschaftspluralismus" *nicht* angenommen wurde, heißt die entsprechende Programmaussage nunmehr:

„Wir sind für freie Gewerkschaften und freie unternehmerische Tätigkeit. Arbeitnehmer und Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Wirtschaft und der Festigung der Demokratie.

Wir treten für die Tarifautonomie ein, weil sie ein wesentliches Ordnungselement der sozialen Marktwirtschaft ist. Die Tarifparteien tragen eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Notwendigkeiten der Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft und damit unseres Staates.

Wir bejahen die Koalitionsfreiheit, weil sie eine Bedingung der sozialen Partnerschaft ist. Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände."

Volmer konnte allerdings durch einen Initiativantrag im Katalog der „grundlegenden Elemente einer sozialen Ordnungspolitik" neben dem „Minderheitenschutz" auch noch den „Pluralismus" verankern.

Die Tatsache, daß nunmehr ein Verbändegesetz von der CDU programmatisch abgelehnt wird (auf Antrag der Sozialausschüsse) kann nicht über die Tendenzen zur Schwächung und Reglementierung der Gewerkschaften hinwegtäuschen, zumal es unmittelbar nach der Ablehnung von Verbändegesetzgebung heißt: „Alle von der Verfassung garantierte Autonomie gesellschaftlicher Organisationen und Gruppen ist den Anforderungen der Gemeinwohlverträglichkeit unterworfen.“

Obwohl die Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde gegen das — auch mit den Stimmen der CDU vom Bundestag verabschiedete — Mitbestimmungsgesetz 1976 bereits absehbar war, kam das Thema Mitbestimmung bei diesem Parteitag nicht vor. Auch im neuen Grundsatzprogramm wird Mitbestimmung eher beiläufig erwähnt. Im ursprünglichen Programmentwurf war von „gleichberechtigter Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte“ die Rede, von einem „Unternehmensrecht, das ein partnerschaftliches Verhältnis von Arbeitnehmer, Kapitaleigner und Unternehmensleitung auf der Grundlage der Parität gewährleistet“. Der CDU-Bundesvorstand hatte diese Formulierungen „präzisiert“, so daß es nun im Grundsatzprogramm zur Mitbestimmung heißt:

„Die Mitbestimmung und die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer ist (!) Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der sozialen Marktwirtschaft.“

Wir wollen ein neues Unternehmensrecht auf der Grundlage der Hamburger Parteitagsbeschlüsse des Jahres 1973.“

Im Bereich der Vermögensbildung propagiert die CDU das Rezept der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital, um auf diesem Weg die Eigenkapitalbildung der Unternehmen zu verbessern.

Kontroverse Diskussionen gab es zu mehreren Einzelpunkten des Programms, von denen einige herausgegriffen werden sollen:

Eine Mehrheit des Parteitags (311:201 Stimmen) sprach sich dafür aus, die Schutzwürdigkeit auch des ungeborenen Lebens ausdrücklich in das Programm aufzunehmen.

Allein der Begriff „Konflikt“ wirkte auf zahlreiche Delegierte offenbar wie ein rotes Tuch. Sie vermuteten dahinter eine „Konflikttheorie“, die nicht in christlich-demokratisches Gedankengut passe. In diesem Zusammenhang wurde auf die angeblich verderbliche Wirkung von „Konfliktpädagogik“ verwiesen, zu der Gegengewichte (Brüderlichkeit, Friede) gesetzt werden müßten. In diesem Punkte setzte sich die Junge Union durch, die eine Beibehaltung des Begriffs „Konflikt“ forderte, so daß es in Ziffer 10 nunmehr u. a. heißt: „Unterschiede der Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen.“

Die Verwendung des Begriffs „Chancengerechtigkeit“ statt „Chancengleichheit“ im Programmentwurf hatte bereits vor dem Parteitag zu Einsprüchen der Sozialausschüsse geführt. Deren Vertreter, Wolfgang Vogt, begründete den entsprechenden Antrag der CDA: Chancengleichheit bedeute keineswegs Ergebnisgleichheit oder Nivellierung. Aus gleichen Chancen könnten und müßten in einer freien Gesellschaft unterschiedliche Ergebnisse gemacht werden. Der Begriff „Chancengerechtigkeit“ frage nicht, warum es Unterschiede gebe. Der Begriff „Chancengleichheit“ habe eine lange Tradition in programmatischen Aussagen der CDU; die SPD habe ihn von dort übernommen. Dem wurde entgegengehalten, daß der Begriff „Chancengleichheit“ als „Leitsignal in Sachen Gleichheit“ aufgefaßt werden könnte. Natürliche Unterschiede sollten auch nicht begrifflich eingeignet werden. Richtschnur müsse sein: „Jedem seinen Weg“ und nicht: „Jedem den gleichen Weg“. Die Befürworter der „Chancengerechtigkeit“, unter ihnen die Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Hanna-Renate Laurien, erhielten die Mehrheit, so daß es in Ziffer 28 nunmehr u. a. heißt:

„Gerechtigkeit gibt jedem die gleiche Chance, sich frei zu entfalten und für sich und für andere Verantwortung zu übernehmen. Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Sie soll jedermann die Möglichkeit geben, sich irrgleicher Freiheit so unterschiedlich zu entfalten, wie es der persönlichen Eigenart des einzelnen entspricht.“

War die Mitbestimmung nur gestreift worden, so blieb das Thema „Aussperrung“ ganz und gar ausgespart. Spricht daraus die programmatische Scheu vor einer disharmonischen sozialen Wirklichkeit oder hegt hier der Grenzstein für die Integrationsfähigkeit der Volkspartei CDU?

Die CDU hat mit der Vorbereitung und dem Ablauf des Ludwigshafener Parteitags die Bereitschaft zum Programmprofil und Mut zur kontroversen Diskussion bewiesen. Niemand wird an ihrem neuen Programm vorbeikommen, wenn auch manch einer sich an dessen gelegentlichem Sonntagspredigten-Pathos und ahistorischer Altbackenheit stören mag. Auch könnte die Debatte um einzelne Programmaussagen unmittelbar nach ihrer Annahme denjenigen recht geben, die den praktischen Wert eines Programms schon während des Parteitages deutlich bezweifelt hatten.

Daß zumindest die Delegierten eher durch handfeste Politik als durch zähe Programmdenbatten zu begeistern waren, bewies ihre Resonanz auf die Grundsatzreden. Während der Parteivorsitzende Kohl, der auf dem Feld der „Sinnggebung“ ackerte, nur von mäßigem Klatschen unterbrochen wurde, erhielt Heiner Geißler rege Zustimmung, als er mit den öffentlich-rechtlichen Medien ins Gericht ging. Er erntete Beifallsstürme, als er ankündigte, der nächste Bundespräsident werde aus den Reihen der CDU stammen.

## Der Parteitag der DKP

Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Parteitages der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der vom 20. bis 22. Oktober im Mannheimer Rosengarten stattfand (Motto: „Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“) war die Beratung und Verabschiedung eines Parteiprogramms. Die Delegierten nahmen den vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurf ohne Aussprache einstimmig an. Dieses erstaunliche Verfahren wurde damit erklärt, daß ein erster Entwurf zehn Monate lang innerhalb der Partei intensiv diskutiert worden sei. Diese Diskussion hatte zu weit über tausend Änderungsanträgen geführt, die z. T. für den dem Parteitag vorliegenden neuen Entwurf berücksichtigt worden waren. Die Inhalte des Programms wie der Verlauf des Parteitags bestätigen insgesamt die bisherige Linie der DKP-Politik, deren unbestrittene Grundprinzipien die enge Anlehnung an UdSSR und DDR bleiben. Änderungen in Richtung auf „Eurokommunismus“ lassen sich nicht erkennen. Auf Reizworte wie z. B. „Diktatur des Proletariats“ verzichtet das Programm zwar, ein ausdrückliches Bekenntnis zu Parteienvielfalt und Pluralismus wird allerdings vermieden.

Das Programm nimmt zahlreiche gewerkschaftliche Forderungen auf, so z. B. das Recht auf Arbeit, eine aktive Lohnpolitik, den Ausbau der sozialen Sicherung, besseren Gesundheitsschutz, die Gleichberechtigung der Frau, wirksamen Umweltschutz. Auf diese Übereinstimmungen wies auch der alte und neue Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, in seinem mehr

als dreistündigen Rechenschaftsbericht hin - wie den Gewerkschaften überhaupt sehr viel wohlwollende Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So ist es nach dem neuen Programm für die Parteimitglieder Pflicht, Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Die Tatsache, daß von den 814 Delegierten 755 Gewerkschaftsmitglieder waren, die zumeist ehrenamtliche Funktionen wahrnehmen, beweist, wie ernst diese Verpflichtung genommen wird.

Ludwig Müller, Mitglied des Parteipräsidiums und des Sekretariats, ging in einem Diskussionsbeitrag ausführlich auf die Gewerkschaften ein. Er wies dabei nachdrücklich auf die große Bedeutung hin, die den Einheitsgewerkschaften im Programm der DKP eingeräumt werde. Indem er die Bekenntnisse anderer Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) zur Einheitsgewerkschaft als „parteiegoistisch“ charakterisierte, erhob er die DKP sozusagen zur eigentlichen Hüterin des Prinzips der Einheitsgewerkschaft:

„Aber die Arbeiterklasse unseres Landes hat die Einheitsgewerkschaften nicht geschaffen als Blutspender für diese oder jene Partei oder gar als Stütze für ein brüchiger werdendes kapitalistisches System. Sie waren und sind Kraftzentrum zur Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten unseres Landes.“

Im Zeichen der anhaltenden Krise sei die „bisher überwiegende Praxis des Aushandelns von Zugeständnissen“ — oftmals im Geiste der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ — nicht mehr in der Lage, Erreichtes abzusichern oder Verbesserungen zu erzielen. Zugeständnisse müßten also mehr und mehr erkämpft werden. Dabei müßten „gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung“ „partnerschaftlich“ zusammenwirken. Da Müller mit der „politischen Arbeiterbewegung“ offenbar in erster Linie die DKP meinte, nannte er als wichtigste Voraussetzung für ein solches Zusammenwirken die „Normalisierung“ des Verhältnisses der DGB-Gewerkschaften zur DKP - und zwar von Seiten der Gewerkschaften:

„Sicher wäre es nützlicher für die Gewerkschaften, wenn Vertreter unserer Partei, die solidarisch an der Seite der Gewerkschaften stehen, künftig auf ihren Kongressen, Kolloquien und in der Gewerkschaftspresse zu Wort kämen, statt der Vertreter der CDU/CSU oder der FPD, die immer wieder auch in Gewerkschaftsorganen Positionen entwickeln können und dürfen, die sich gegen die Interessen und Grundforderungen der Gewerkschaften richten. Im Gegensatz zu den Vertretern dieser Parteien braucht man Kommunisten unter den aktiven, jederzeit einsatzbereiten Gewerkschaftern, nicht mit der Lupe zu suchen.“

Müller setzte sich dann mit dem Argument auseinander, daß die Kommunisten letztendlich nur aus taktischen Erwägungen aktiv in den Gewerkschaften mitarbeiten. Er bezeichnete diese Behauptung angesichts des Programms und der Praxis seiner Partei als Diffamierung. Er räumte ein, daß die DKP weitergehende Zielsetzungen habe als die Gewerkschaften, daß man aber — unabhängig davon — zum gemeinsamen Handeln in brennenden Gegenwartsfragen, für das Recht auf Arbeit, für Verteidigung und Ausbau des in jahrzehntelangem Kampf Erreichten gegen die Angriffe des „Großkapitals“, kommen müsse. Wer von „Unterwanderungspolitik“ spreche, der solle sich einmal die aufopferungsvolle Arbeit von Kommunisten vor Ort in den Betrieben anschauen und sich mit den Kollegen über die Einsatzfreude von Kommunisten unterhalten:

„Die Tausende Kommunisten, die Tag für Tag mit in vorderster Reihe für die Interessen ihrer Kollegen streiten, haben in ihrer unermüdlichen selbstlosen Einsatzbereitschaft erheblich zur Stärkung der Kraft und des Ansehens der Einheitsgewerkschaften unseres Landes beigetragen. Sie haben gleichzeitig das Gesicht unserer Partei, ihr Ansehen als konsequente, zuverlässige Kraft der Arbeiterklasse, entscheidend mitgeprägt.“

Müller schloß, daß die DKP auch künftig für eine konsequente Vertretung von Arbeiterinteressen und für die Stärkung der Einheitsgewerkschaften und das „partnerschaftliche

Zusammenwirken von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung eintreten" werde.

Eine zentrale Rolle in der aktuellen Politik der DKP, die den „antimonopolistischen Kampf“ anstrebt, kommt der Verwirklichung der „Aktionseinheit“ zu. Das Spektrum der Bündnispartner wird dabei weit gefächert. Es reicht von Arbeitern und Bauern über die Intelligenz bis zu den „selbständigen Mittelschichten“. Unklar bleibt, inwieweit die Politik der „Aktionseinheit“ Wahlerfolge ersetzen kann oder soll. Die entmutigenden Wahlergebnisse - gerade auch bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern — wurden in der Rede des Vorsitzenden nur kurz erwähnt. Er gestand zwar empfindliche Niederlagen zu, ging aber auf deren Ursachen im einzelnen nicht ein. Er sprach sich für die „Schaffung eines stabilen Wählerstammes“ aus, der besonders aus Arbeitern, Jugendlichen und Protestwählern bestehen soll. Allerdings erteilte er allen Versuchen eine Absage, seine Partei „in Gegensatz zur kommunistischen Weltbewegung“ zu bringen. Die DKP lasse sich nicht auf antisowjetische Positionen locken.

Bekanntnisse zur Sowjetunion und zur DDR (laut Herbert Mies die „größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung“) konnten des Beifalls der Delegierten stets sicher sein. Und während die zahlreichen ausländischen Delegationen und ihre Redner regelmäßig bejubelt und beklatscht wurden, gab es Unmutsäußerungen bei der Rede des Gasts der italienischen KP. Er sprach sich nämlich für ein „demokratisches und pluralistisches Europa“ aus und meinte, es müßten neue Wege gesucht werden, weil „die Modelle sozialistischer Gesellschaft, die bis heute realisiert worden sind, nicht den besonderen Bedingungen und den Orientierungen der großen Masse der Arbeiter und der Völker der westlichen Länder entsprechen“.

Jene vier Anträge zum Programmwurf, die darauf zielten, die starre Bindung der DKP an die Sowjetunion zu lockern und eurokommunistische Positionen in das Programm aufzunehmen, wurden - mit der Annahme des empfohlenen Programms - abgelehnt. Auch kritische Anträge zu programmatischen Problembereichen wie friedliche Nutzung der Kernenergie, Institutionen Ehe und Familie wurden abgelehnt. So spricht sich die DKP für die friedliche Nutzung der Kernenergie aus und erklärt Ehe und Familie nicht zu überholten Institutionen. Die genannten kritischen Anträge kamen offensichtlich vornehmlich aus der studentischen bzw. der jugendlichen Mitgliedschaft der Partei. Auffallend war in der Tat die Jugendlichkeit der Parteitage delegierten. Das Durchschnittsalter wurde mit rund 36 Jahren angegeben. Auch der Anteil der Frauen war mit 29 Prozent erstaunlich hoch. Mit mehr als 30 Prozent der Gesamtmitgliedschaft von ca. 46 500 Mitgliedern dürfte der Anteil der Frauen höher liegen als bei anderen Parteien. In seltsamem Kontrast zur Jugendlichkeit der Delegierten stand die stereotype, erstarrte Sprache, die den Rechenschaftsbericht ebenso auszeichnete wie die meisten vorbereiteten Diskussionbeiträge. Sie läßt eine besondere Realitätsferne erkennen und dürfte für den Durchschnittsbürger schlicht unverständlich sein. Auch das internationalistische Ritual dürfte — in seiner ständigen Wiederholung — nur für die Insider begeisternd wirken.

Die Wahlen zum Parteivorstand, die in nichtöffentlicher Sitzung stattfanden, brachten keine Änderungen in der Führung: An der Spitze der DKP stehen weiterhin Herbert Mies als Vorsitzender und Hermann Gautier als sein Stellvertreter - der eine einstimmig, der andere gegen eine Stimme gewählt.

*Hans O. Hemmer, DGB-Bundesvorstandsverwaltung, Abteilung Gesellschaftspolitik*